

Brief aus Straßburg

an die Mandats- und Funktionsträger
in Bayern von Markus Ferber, MdEP

Ausgabe Oktober I 2017



Fall Ryanair

Der irische Billigflieger Ryanair hat wegen Personalengpässen Flugstreichungen für die kommenden Monate angekündigt. So werden die Reisepläne vieler Passagiere durch die Stornierungen ruiniert. Auch viele bayerische Fluggäste sind betroffen. Das Parlament hat das Vorgehen der Fluglinie scharf kritisiert und fordert eine Überprüfung. „Verbraucher haben durch die Fluggastrechte-Verordnung eine Reihe von Ansprüchen“, betont Ferber, der auch Mitglied im Verkehrsausschuss ist. „Abgesehen von dem Recht auf Ersatzbeförderung und Kostenerstattung steht Passagieren auch eine Entschädigung zu, wenn ihr Flug kurzfristig annulliert wird oder sich stark verspätet“, erklärt Ferber. „Die EU-Kommission muss jetzt sicherstellen, dass die aktuelle Fluggastrechte-Verordnung auch eingehalten wird und die Airline nicht versucht, diesen Schutz durch ihr Vorgehen auszuhöhlen. Für die Durchsetzung der Fluggastrechte sind nationale Behörden zuständig, in Deutschland das Luftfahrt-Bundesamt in Braunschweig.“

Top-Sicherheitsstandards für Fahrgastschiffe

Die EU-Gewässer zählen zu den sichersten der Welt. Nun stimmt das Parlament über eine Überarbeitung der Sicherheitsvorschriften für Fahrgastschiffe ab, um weitere Verbesserungen zu erzielen. „Sicher-

heit hat die oberste Priorität“, so Markus Ferber. „Mit den aktuellen Regeln wird bereits ein Top-Sicherheitsniveau erreicht. Aber die Bestimmungen überschneiden sich zum Teil, sind überholt oder nicht klar genug.“ Das Europäische Parlament aktualisiert nun die Vorschriften für Passagierschiffe und Fähren, um Lücken bei Sicherheitskontrollen zu schließen und neue Schiffstypen zu berücksichtigen. Künftig werden z.B. die Daten von Fahrgästen, die aus Häfen der Mitgliedstaaten auslaufen bzw. diese anlaufen, innerhalb von fünfzehn Minuten nach Abfahrt elektronisch an die zuständigen nationalen Behörden übermittelt. „So sollen im Notfall Such- und Rettungsmaßnahmen erleichtert und sichergestellt werden, damit Familien genaue Kenntnis darüber zu besitzen, ob ihre Angehörigen an Bord gegangen sind.“

Besserer Schutz vor Cyberangriffen

Ungefähr 80% der Unternehmen in Europa waren bereits mindestens einmal von einem Vorfall im Bereich der Cybersicherheit betroffen. „Deswegen muss die EU mehr in die Cybersicherheit investieren, um Angriffe zu verhindern, welche auf kritische Infrastrukturen und auf die Destabilisierung von Gesellschaften zielen“, so Ferber. Cyberkriminalität ist eine grenzüberschreitende Gefahr, deswegen ist ein verstärkter Informationsaustausch zwischen den Polizei- und Justiz-

behörden und den Experten auf dem Gebiet der Cyberkriminalität von entscheidender Bedeutung.

Brexit: Keine spürbaren Fortschritte

Das Parlament lehnt es ab, schon jetzt in die zweite Phase der Brexit-Verhandlungen über die zukünftigen Beziehungen zu Großbritannien nach dem Austritt einzutreten. Markus Ferber betonte in Straßburg mit Nachdruck: „Bei den Gesprächen über die Austrittmodalitäten mit London gibt es keinen spürbaren Fortschritt. Deswegen muss die zweite Phase der Brexit-Verhandlungen aufgeschoben werden. Wir wollen eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich, aber die taktischen Spielchen und Verzögerungen der britischen Regierung geben Anlass zu großer Sorge.“ Der Europaabgeordnete stellte klar: „Die Frage, was London dem Rest der EU schuldet, ist einer der Hauptknackpunkte in den Gesprächen. Die britische Regierung muss endlich konkrete Vorschläge zu den drei Hauptfragen vorlegt: Wie werden die Rechte der EU-Bürger in Großbritannien künftig gewahrt werden? Wie und wann will Großbritannien seine finanziellen Verpflichtungen gegenüber der EU erfüllen? Wie soll die Grenzfrage zwischen der Republik Irland und Nordirland gelöst werden? Ursprünglich sollte die zweite Phase im Oktober dieses Jahres eingeläutet werden.“



www.markus-ferber.de
E-Mail: info@markus-ferber.de

